Stand: 10.11.2025 21:11:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20798

"Türkische Militäroffensive in Syrien verurteilen - Optionen zur friedlichen Beilegung des Syrien-Krieges umsetzen"

### Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20798 vom 21.02.2018
- 2. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21707 des BU vom 13.03.2018
- 4. Beschluss des Plenums 17/21953 vom 26.04.2018
- 5. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.02.2018 Drucksache 17/20798

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Türkische Militäroffensive in Syrien verurteilen – Optionen zur friedlichen Beilegung des Syrien-Krieges umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bedauert zutiefst die anhaltenden Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen auf syrischem Staatsgebiet. Die jüngste militärische Intervention der Türkei in Nordsyrien bringt erneut zusätzliches furchtbares Leid für die Bevölkerung mit sich. Die türkische Militäroffensive erschwert den Friedensprozess und gefährdet die Erfolge im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Der Landtag bekennt sich zur friedlichen Beilegung der Kriegshandlungen in Syrien und zum Friedensprozess im Rahmen der sogenannten Genfer Runde.

Der Landtag unterstützt auf allen Ebenen den politischen Prozess zum Ende der Gewalt und zur Umsetzung einer Friedenslösung. Er appelliert an die Regierung der Republik Türkei, die international anerkannte Grenze zu Syrien zu respektieren. Der Landtag fordert alle Konfliktparteien auf, am Verhandlungstisch gemeinsam nach Lösungen zu suchen und kein weiteres Leid der Zivilbevölkerung zuzulassen. Er bittet vor diesem Hintergrund die Bundesregierung darum, dies deutlich gegenüber der türkischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Auch bittet er alle staatlichen Ebenen und zivilgesellschaftlichen Akteure, sich im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ein Ende der Gewalt und eine friedliche Beilegung des Konflikts einzusetzen sowie dringend benötigte humanitäre Hilfe zu leisten.

#### Begründung:

Am 20.01.2018 startete die Türkei eine Militäroffensive in Syrien mit dem zynischen Namen "Operation Olivenzweig". Sie ließ ihre Truppen in die von Kurden kontrollierte nordsyrische Region Afrin einmarschieren. Afrin zählt zu den wenigen Gebieten, die bislang vom Krieg in Syrien weitgehend verschont geblieben sind. Deshalb ist es ein wichtiges Rückzugsgebiet für hunderttausende Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Syrien. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg des Assad-Regimes gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates zur Flucht in dieses Gebiet gezwungen worden. Sie sind nun durch die türkische Militäroffensive erneut von Krieg bedroht und zur Flucht gezwungen.

Präsident Recep Erdoğan gießt mit der "Operation Olivenzweig" Öl in den regionalen Flächenbrand. Gleichzeitig polarisiert er die eigene Gesellschaft weiter. Deutschland ist in diesen Konflikt verstrickt und von den Folgen betroffen. Von Deutschland an die Türkei gelieferte Kampfpanzer wurden bei dem Einmarsch nach Afrin eingesetzt.

Viel zu lange hat Deutschland und die EU kaum oder viel zu leise Kritik an der zunehmend autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt. Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU von Präsident Erdoğan abhängig gemacht. Präsident Recep Erdoğan fühlt sich offensichtlich unabhängig genug, innen- und außenpolitische Grenzen überschreiten zu können. Europa und Deutschland müssen sich gemeinsam mit der Türkei und allen Nachbarländern Syriens für ein Ende des Bürgerkriegs und der Stellvertreterkriege in Syrien einsetzen.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17576 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.54 bis 16.59 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Jetzt folgt eine weitere, nicht namentliche Abstimmung, dann eine weitere namentliche Abstimmung. Deswegen bitte ich, die Plätze einzunehmen. –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze für die Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag von vorhin einzunehmen. – Ich würde gerne eine Abstimmung durchführen und bitte Sie, die Plätze einzunehmen. –

Wir kommen zurück zu den beiden Dringlichkeitsanträgen zum Thema Binnengrenzkontrollen. Ich beginne mit der nicht namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 17/20839; das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion FREIE WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – CSU-Fraktion, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt's Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/20792. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Danke. – Noch 15 Sekunden.

(Namentliche Abstimmung von 17.01 bis 17.04 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Das Ergebnis wird wie immer draußen ermittelt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/20793 bis 17/20798 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/20840 und 17/20841 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie vorhin schon vereinbart, rufe ich jetzt noch **Tagesordnungspunkt 11** auf; zu mehr werden wir heute nicht mehr kommen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 17/18399) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Erster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns, mal wieder, mit den Lehrbeauftragten an den Hochschulen. Es ist auch gut, dass wir uns damit beschäftigen; denn die Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Hochschulen ist schlecht. Das muss man ganz deutlich sagen, und zwar in Richtung der Staatsregierung. - Die Staatsregierung ist nicht mehr da. Die gesamte Staatsregierung ist nicht mehr da. Das ist interessant. Die gesamte Staatsregierung interessiert sich nicht für die Lehrbeauftragten in Bayern. - Ah, jetzt kommt immerhin der zuständige Staatssekretär. Und jetzt kämpft sich auch der Minister durch die Reihen. Schön, dass Sie da sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Anzahl der Lehrbeauftragten hat in letzter Zeit um 82 % zugenommen. In einzelnen Fächern werden über 50 % der Lehre von Lehrbeauftragten bestritten. Es ist gut, Herr Spaenle, dass Sie da sind, denn würde man so etwas in dem anderen Bereich, für den Sie zuständig sind, vorfinden, nämlich an den Schulen, dann frage ich: Wie würden wir reagieren, wenn mehr als 50 % des Unterrichts an den Schulen von Lehrern erteilt würde, die keine festen Verträge haben, die keine soziale Absicherung haben? - Ich glaube, der Aufschrei in der Republik wäre riesig groß. In den Hochschulen nimmt man das aber hin. Man nimmt hin, dass teilweise 50 % der Lehre von sogenannten Beauftragten erteilt werden, die Semester für Semester neue Verträge bekommen, die keine soziale Absicherung haben, die mit sehr geringen Gehältern abgespeist werden und die überhaupt nicht in den Hochschulen mitbestimmen können. Das ist, das sage ich jetzt einmal ganz deutlich, eine Schande. Es ist eine Schande für einen Staat, wenn er so mit denjenigen umgeht, die junge Menschen unterrichten.

## **Bayerischer** Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/21707 13.03.2018

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20798

Türkische Militäroffensive in Syrien verurteilen - Optionen zur friedlichen Beilegung des Syrien-Krieges umsetzen

#### Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm** Mitberichterstatter: Dr. Martin Huber

#### II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundesund Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 13. März 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger

Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2018 Drucksache 17/21953

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20798, 17/21707

Türkische Militäroffensive in Syrien verurteilen – Optionen zur friedlichen Beilegung des Syrien-Krieges umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

#### **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung** 

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 10 und 22. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Woerlein, Ruth Müller (SPD) betreffend "Akti-

onsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime

nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken" auf

Drucksache 17/20700 und der Antrag der Abgeordneten von Brunn, Adelt, Scheuen-

stuhl und anderer (SPD) betreffend "Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern

braucht einen dritten Nationalpark" auf Drucksache 17/20936, die auf Wunsch der

SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Diese Anträge werden voraussichtlich in

der Sitzung am 15. Mai aufgerufen.

Über die übrigen Nummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Ab-

stimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die

Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD,

der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstim-

men? - Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch keine. Ich frage die fraktionslosen

Abgeordneten. – Sie sind nicht da. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz und Energieeinsparung in Bayern: Effizienzgewinne bei Klima- und Lüftungsgeräten nutzen Drs. 17/19453, 17/21753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. SPD
Europäischer Anspruch auf Bildungsurlaub –
Recht auf Weiterbildung auch auf EU-Ebene verankern
Drs. 17/19528, 17/21822 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

3.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u. a. und Kurzzeitpflege sicherst Kurzzeitpflegeplätzen: Drs. 17/20361, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 tellen II – Anreize für d schaffen!	0/DIE GRÜNEN)	n
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	ENTH	Z
4.	Antrag der Abgeordner Dr. Paul Wengert, Klau Die Ausbildung bei der in Zeiten erhöhter Eins Drs. 17/20350, 17/217	us Adelt u. a. SPD r Bayerischen Polizei stellungszahlen (EEZ)	ul Gantzer,	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordner Thorsten Glauber u. a. Netzneutralität umfass Drs. 17/20449, 17/217	. und Fraktion (FREIE end sicherstellen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u. a. und Evaluierung der Wasse Drs. 17/20535, 17/218	Fraktion (BÜNDNIS 9 erberatung in Bayern		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorbildfunktion wahrnehmen – Umwelterklärungen für alle Staatsministerien Drs. 17/20611, 17/21698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären Drs. 17/20616, 17/21742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Forschung zum Thema Trittsteinkonzepte intensivieren Drs. 17/20618, 17/21710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken

Drs. 17/20700, 17/21821 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

11.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Technologieoffenes Förderprogramm schaffen Drs. 17/20703, 17/21809 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
12.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u. a. SF Gründerinnen fördern Drs. 17/20705, 17/218	PD	scha Kohnen,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
13.	Antrag der Abgeordne Dr. Otto Hünnerkopf u Diversifizierung auf lar Drs. 17/20715, 17/218	. a. CSU ndwirtschaftlichen Betr	-	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
14.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Reduzierung des euro Drs. 17/20717, 17/217	er u. a. CSU päischen Patentschutz		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) Grenzpolizei Drs. 17/20793, 17/21731 (E)			
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Staatshaushalt und F	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u. a. u Türkische Militäroffens Optionen zur friedliche Drs. 17/20798, 17/217	und Fraktion (BÜNDNI sive in Syrien verurteile en Beilegung des Syrie	S 90/DIE GRÜNEN) en –	Hartmann,
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
17.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über die Folge am Flughafen Münche Drs. 17/20828, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 n und den weiteren Eir n	0/DIE GRÜNEN)	Suchgeräten
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
18.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über Probleme Drs. 17/20829, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 beim Arztwechsel vor	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

19.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Keimgutachten für große Mastställe
	Drs. 17/20836, 17/21699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zum Konzept zur Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei Drs. 17/20840, 17/21729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Α

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zum Stand der Umsetzung Drs. 17/20901, 17/21743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern braucht einen dritten Nationalpark Drs. 17/20936, 17/21701 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

23.	Kathi Petersen u. a. Si Leichenschau in Bayer				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
24.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Amtshaftungsklagen von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamts Drs. 17/20994, 17/21717 (E)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
25.	Antrag der Abgeordner Rosi Steinberger u. a. Bericht über Fortschritt aus dem Forschungsre Drs. 17/21008, 17/217	und Fraktion (BÜNDN te bei der Planung der eaktor München II (FR	IS 90/DIE GRÜNEN) Entsorgung des Atom	mülls	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. SPD Unterstützung des Wohnungsbaus in Bayern außerhalb der Metropol- und Boomregionen Drs. 17/21017, 17/21745 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	<b>Z</b>	Z	Z	
	_	_	_	]	

27.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zu den voraussichtlichen Kosten der Neugründung der Universität Nürnberg Drs. 17/21107, 17/21744 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
28.	Ruth Müller u. a. SPD Herausforderungen der medizinischen Versorgung in Bayern – Ergebnisse aus dem Gemeinsamen Landesgremium Drs. 17/21134, 17/21726 (E)					
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege	)	_			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst u. a. und Fraktion (SPD)</li> <li>Nachtragshaushaltsplan 2018</li> <li>Drs. 17/21149, 17/21746 (A)</li> </ol>						
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
30.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kurzzeitpflege sicherstellen I – Online-Plattform einführen Drs. 17/20217, 17/21721 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) zukunftsfähig machen: Absenkung der Förderobergrenzen zurücknehmen! Drs. 17/20447, 17/21820 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD Fördermöglichkeiten für Obstbrenner und Mostbetriebe über das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft ermöglichen Drs. 17/20759, 17/21817 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z